

# Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik

Jörg Roesler

Was am 28. Oktober 1948 in Stuttgart geschah, ist von den Zeitgenossen als „Stuttgarter Vorfälle“, „Stuttgarter Ereignisse“, „Stuttgarter Vorkommnisse“ bezeichnet, als „Protestkundgebung“ bzw. „Protestaktion“, als „schwere Unruhen“ oder auch als „Zwischenfall“ beschrieben worden. All das sind Umschreibungen für ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Ereignis, in dessen letzter Phase die amerikanische Militärregierung Panzer einsetzte, um der aufgebrachtsten Menge, die ein Ende der Preistreiberei, den Sturz des „Wirtschaftsdiktators Erhard“ und die Abkehr von der freien Marktwirtschaft verlangte, Herr zu werden.

Die Bedeutung der „Stuttgarter Vorfälle“ – bei dieser Benennung soll es im folgenden bleiben – ging über den Tag bzw. den Herbst 1948 hinaus und hat die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik noch jahrelang mitgeprägt. Umso verwunderlicher ist es, daß keine der gängigen Geschichten der Bundesrepublik über den 28. Oktober 1948 ein Wort verliert. In diesem, der Bedeutung dieses Tages gewidmeten Aufsatz wird so vorgegangen, daß in einem ersten Teil auf die Ursachen für die wachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse im Herbst 1948 eingegangen wird, auf die gereizte Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft, die sich in Protesten und spontanen Aktionen, von denen die „Stuttgarter Vorfälle“ die wichtigsten und folgenreichsten waren, niederschlug. Der Ausgangspunkt für diese Stimmung war die Währungsreform von Ende Juni 1948. Die Verarbeitung dieses Ereignisses durch die Historiker und vor allem durch die Geschichtsvermittlung betreibenden Medien hat sich meist auf die Darstellung der Schokoladenseiten dieses Vorganges – die über Nacht vollen Läden – beschränkt. Für das Verständnis der Stuttgarter Vorfälle ist es jedoch notwendig, auch auf die Schattenseiten der mit dem Währungsschnitt verbundenen Wirtschaftsmaßnahmen hinzuweisen.

Im zweiten Teil wird dann der Ablauf der nach Aussage des Stuttgarter Stadtarchivs „bisher nicht erforschten“ Geschehnisse<sup>1</sup> eingegangen. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den für eine so rasch und konsequent gewaltsam unterdrückte Protestaktion erstaunlich langandauernden Folgen.

---

1 Siehe Brief von Daniel Kim, Mitarbeiter des Stadtarchivs Stuttgart, an den Autor vom 11.3.2003.

*1. Die Auswirkungen der Währungsreform auf die westdeutsche Arbeiterschaft von Juli bis Oktober 1948*

Bei der Umstellung der Reichsmark (RM) auf Deutsche Mark (DM) am 20./21. Juni 1948 wurde alle RM, ob Bargeld oder Spargeld, im Verhältnis 10:1 auf DM abgewertet. Ausgegeben wurde ab 20. Juni zunächst nur ein Kopfgeld von 40 DM, dem Ende August/Anfang September noch einmal eine Freigabe von weiteren 20 DM folgte. Für das übrige Bargeld, vor allem für das bei großen Teilen der Arbeiterschaft vorhandene Sparvermögen – Ergebnis des „eisernen Sparens“ in der Kriegszeit<sup>2</sup> – kam es de facto zu einer Umwertung von 10:0,69. Für diejenigen, die nicht über Sachwerte verfügten – und das waren die Arbeiter und kleinen Angestellten – belief sich der Vermögensverlust auf 93,1 Prozent.<sup>3</sup> Mit anderen Worten, um ihre Ausgaben bestreiten zu können, war die Arbeiterschaft auf die Löhne bzw. Altersrenten und andere Sozialzahlungen angewiesen, für die die Währungsreform eine Umstellung von 1:1 bestimmt hatte.

Das wäre nun weiter kein Problem gewesen, wenn nicht fast gleichzeitig mit der Währungsunion – am 17./18. Juni – das Leitsätzegesetz in Kraft getreten wäre. Es erlaubte, ohne parlamentarische Institutionen befragen zu müssen, Ludwig Erhard, dem Direktor des Wirtschaftsrates (einer Art Wirtschaftsregierung für das zur Bizone zusammengefaßte britische und amerikanische Besatzungsgebiet) die Freigabe der bisher bewirtschafteten Preise für handelbare Güter.<sup>4</sup> Erhard machte von seinem Vorrecht Gebrauch und hob die Preisbindung für eine große Anzahl von Verbrauchsgütern auf. Gleichzeitig behielt er jedoch den auf der 2. Durchführungsbestimmung der Kriegswirtschaftsverordnung vom 12. Oktober 1939 beruhenden Lohnstop bei.<sup>5</sup>

Diese Entscheidung Erhards war weder ein Versehen noch eine gezielte Maßnahme zur Verelendung der Arbeiterschaft. Der Lohnstop ergab sich vielmehr aus Erhards neoliberalen Vorstellungen. Danach würde die Geringhaltung der Lohnkosten der Unternehmen dafür sorgen, daß die Unternehmer rasch eine hohe Rendite erzielten. Mit diesem Geld wären sie in der Lage, kräftig zu investieren, dadurch neue Arbeitsplätze und neue Nachfrage zu schaffen, bis schließlich am Ende das Ziel „Wohlstand für alle“ erreicht sei.<sup>6</sup>

Als Resultat der Aufhebung der Bewirtschaftung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft stiegen die Preise für viele Konsumgüter rasch an – generell und bezogen auf das zweite Halbjahr 1948 um 17 Prozent. Die Arbeitslosenzahl

---

2 Zum Zustandekommen und zum Umfang siehe Götz Aly: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Bonn 2005, S.335f.

3 Siehe Siegfried Freick: *Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert*, Schkeuditz 2001, S.89-93.

4 Siehe Gerold Ambrosius: *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949*, Stuttgart 1977, S.173-175.

5 Siehe *Der Tagesspiegel*, 10.9.1948.

6 Siehe Alfred C. Mierzejewski: *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biographie*, München 2004, S.106f.

verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf eine Million.<sup>7</sup> Weitaus stärker waren die Preiserhöhungen für einige grundlegende Nahrungsmittel. Der Getreidepreis stieg laut „Spiegel“ bis Ende September um 20 Prozent an, die Fleischpreise erhöhten sich um 38 Prozent.<sup>8</sup> Besondere Verärgerung bei der Bevölkerung rief die Entwicklung des Eierpreises hervor. Er stieg zwischen Juli und Oktober 1948 von 35 auf 85 Pfennig.<sup>9</sup> Zum Vergleich: Im Jahre 1948 lag der durchschnittliche Monatsverdienst in der Industrie bei knapp 200 DM.<sup>10</sup> Bei zeitgenössischen Berechnungen der Haushaltsausgaben für „einfache Leute“ wurde in der Regel von 170 DM ausgegangen.<sup>11</sup>

Der geschilderte Preisauftrieb mußte bei Lohnstop zu einem Absinken der Reallohne führen. Da nutzte es den Arbeiterfrauen wenig, daß die Schaufenster der Geschäfte wieder voll geworden waren und viele Waren, die man in der Nachkriegszeit vermißt hatte, erstmals wieder angeboten wurden. Schon bald nach dem ersten Käuferansturm brach ein Sturm der Entrüstung über die Preissteigerungen los. Nicht nur die Arbeiter, weite Kreise der Bevölkerung zeigten sich über die Preissprünge bei einigen Waren erschreckt, besorgt oder offen empört. Die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen gerieten unter zunehmenden Druck ihrer Mitglieder. Dem durch die Preistreibereien ausgelösten starken Unbehagen versuchten sie mit Aufrufen zum Käuferstreik gerecht zu werden. Dabei schreckten sie nicht vor einer schonungslosen Darstellung der Lage zurück: So lautete die Begründung eines entsprechenden Aufrufs des Ortsausschusses Lübeck zum Käuferstreik: „Die Bewirtschaftung ist aufgehoben und die Kontrolle beseitigt. Geschäftsleute und Händler sind in der Lage, willkürlich die Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel uferlos in die Höhe zu schrauben.“<sup>12</sup> Über die Folgen der Preistreiberei heißt es in Weimers „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik“: „Diese Appelle [der Gewerkschaften - J. R.] führten in manchen Städten zu turbulenten Szenen. [...] Auf dem Münchener Wochenmarkt wurden den Händlern Gänse vom Tisch gerissen und in die Menge geschleudert. [...] Eierkisten wurden umgestülpt und die Eier zertreten, bis schließlich das Überfallkommando anrückte.“<sup>13</sup> Seit Ende September 1948 wurden in Bayern in mehreren Lagern besondere Formationen der Landespolizei kaserniert, „um den

---

7 Siehe Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S.260.

8 Siehe Der Spiegel, 1948, Nr. 41, S.3.

9 Siehe Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S.85.

10 Exakt 196,90 DM (berechnet nach Hermann Berie: Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band West, Bonn 1999, S.77).

11 Siehe Der Spiegel, 1948, Nr. 48, S.28.

12 Zit. nach Siegfried Mielke/Peter Rütters/Michael Becker (Bearbeiter): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949. Dokumente, Köln 1991, S.587.

13 Der Spiegel, 1948, Nr. 41, S.3.

zu erwartenden Unruhen vorzubeugen.<sup>14</sup> Als der bayerische Ernährungsminister Ende Oktober 1948 nach Nürnberg kam, um im Rathaus Gespräche zu führen, hatten sich lange vor Ankunft des Ministers etwa 300 Nürnberger Frauen vor dem Rathaus eingefunden, die auf Transparenten gegen die Preissteigerung vor allem für Lebensmittel protestierten und u. a. fragten: „Herr Minister, wo gibt es Eier für 35 Pfennige?“ Auf einem weiteren Transparent wurde der Rücktritt der Regierung gefordert, die den Preiswucher dulde. Der Minister sah sich gezwungen, im Anschluß an die geplanten Gespräche eine Delegation der Unzufriedenen zu empfangen. Zu einer Annäherung der Standpunkte kam es in der Aussprache nicht. Schließlich verließ „unter ‚Pfui, Hungerminister‘-Rufen der Minister den Saal.“<sup>15</sup>

Erhard setzte seine Wirtschafts- und Ordnungspolitik ungeachtet der Proteste der Bevölkerung, der Gewerkschaften und linken Parteien (SPD, KPD) unbeirrt fort.<sup>16</sup> Er konnte des Wohlwollens von General Lucius D. Clay, des einflußreichsten der drei Militärgouverneure der Westzonen, gewiß sein,<sup>17</sup> der, wie einer seiner Biographen schreibt, gewillt war, „in Deutschland ein orthodox amerikanisches System des freien Unternehmertums einzuführen“.<sup>18</sup>

Wie zu erwarten, besänftigte Erhards Unbeirrtheit nicht, sondern schürte die Proteststimmung. Kundgebungen häuften sich. „Es fiel der Arbeiterschaft schwer, in den Schaufenstern dringend nötige Gebrauchsgüter zu sehen, die ihre Kaufkraft übersteigen, und es war für sie nicht leicht, zu begreifen, daß die deutsche Wirtschaft (für sie) noch keinen normalen Lebensstandard gewähren konnte“,<sup>19</sup> mußte selbst General Clay zugeben. Typisch für Entstehen und Verlauf der sich verstärkenden Proteste der Arbeiter war **eine** Kundgebung, die in der letzten Oktoberwoche in Immenstadt (Allgäu) stattfand und über die es in der Presse hieß: Es „kam zu einer spontanen Kundgebung gegen den von Professor Erhard heraufbeschworenen Preiswucher. Über 2.000 Arbeiter und Angestellte legten die Arbeit nieder und forderten in einer einstimmig angenommenen Resolution die sofortige Abberufung des Direktors der Frankfurter Hauptverwaltung für Wirtschaft, Erhard. Darüber hinaus wird in der Entschließung weiter verlangt, die Löhne und Gehälter den jetzigen Preisen anzupassen.“<sup>20</sup> Mindestens genauso in Rage brachte den „Mann auf der Straße“, daß in den Monaten nach der Währungsreform in den „besten Lagen“ der großen Städte Luxusgeschäfte eröffnet wurden. Ihre Kunden waren diejenigen Produzenten und Händler, die

---

14 Neues Deutschland, 30.9.1948.

15 Süddeutsche Zeitung, 28.10.1948.

16 Siehe Ambrosius, Durchsetzung, S.181.

17 Siehe Jess M. Lukomski: Ludwig Erhard. Der Mensch und Politiker, Düsseldorf–Wien 1965, S.93-96.

18 John H. Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay, München 1983, S.293f.

19 Lucius Dubignon Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a. Main 1950, S. 326

20 Neues Deutschland, 20.9.1948.

sich nicht unbedingt an Erhards Maxime, ihre Gewinne sofort zu investieren, hielten und endlich wieder konsumieren wollten, wie sie es in der Vorkriegszeit gewohnt waren. Das mußte den Arbeitern insofern besonders ins Auge fallen, als es seit 1939 durch die Rationierungsgesellschaft zumindest nach außen im Konsum keine größere Unterschiede mehr gegeben hatte.<sup>21</sup> Die aufgestaute Wut der Verlierer auf die Gewinner der Währungsreform und auf die damit verbundenen ordnungspolitischen Entscheidungen sollte sich Ende Oktober in dem in der amerikanischen Besatzungszone gelegenen Stuttgart Luft machen.

## *2. Die Stuttgarter Vorfälle*

Für den 28. Oktober, 15.00 Uhr, hatten die Gewerkschaften zu einer Kundgebung auf dem innerstädtischen Karlsplatz aufgerufen. Über den Zweck der Kundgebung hieß es in der „Stuttgarter Zeitung“: „Die Verbraucher sollten in einer Massendemonstration zeigen, daß ihre Geduld erschöpft sei, daß sie nicht mehr gewillt seien, die Preise hinzunehmen, die von den Produzenten oder vom Handel oder von beiden festgesetzt: manche sagen, diktiert werden und die mit dem durchschnittlichen Einkommen der Verbraucher nun einmal nicht in Einklang zu bringen sind“.<sup>22</sup> Die Angaben über die Anzahl der auf dem Karlsplatz Zusammengekommenen schwanken zwischen 30.000 und 50.000. Die Kundgebungsteilnehmer „führten einige rote Fahnen und zahlreiche Transparente“ mit sich. Diese sind insofern erwähnenswert, als sie Auskunft über die Stimmung der versammelten Menge gaben. Zu sehen waren Losungen wie „Wir wollen leben, nicht vegetieren!“, „Fort mit Professor Erhard!“ oder „Herunter mit den Preisen!“ Demonstranten trugen einen Galgen, unter dem eine Schlinge baumelte, an der ein Schild befestigt war: „Weg mit dem Preiswucher – oder ...!“<sup>23</sup> Einziger Redner war der Vorsitzende des Ortsausschusses der Gewerkschaften Hans Stetter. Er führte aus, diese Kundgebung sei „als letzte Warnung an alle diejenigen zu betrachten, die kaltschnäuzig aus der Not des Volkes neuen Reichtum scheffeln wollen“. Stetter konstatierte, daß die „Frankfurter Wirtschaftspolitik unter Ludwig Erhard untragbare Verhältnisse geschaffen“ habe und forderte einen „radikalen Kurswechsel der Frankfurter Wirtschaftspolitik, eine Kontrolle der gesamten Produktion und Kalkulation, der Preisgestaltung, feste Verkaufspreise für notwendige Bedarfsartikel, scharfes Vorgehen gegen Wucher und Preistreiberei sowie gegen Steuerhinterzieher. Notwendig sei eine Erhöhung von Löhnen, Gehältern, Renten und Fürsorgeunterstützungen. Nur eine planmäßige, den Bedürfnissen des Volkes angepaßte Wirtschaft könne eine Änderung der gegenwärtigen Lage herbeiführen.“<sup>24</sup> In diesem Sinne wurde zum Abschluß der

---

21 Siehe Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1986, S.48f.

22 Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948.

23 Ebenda.

24 Ebenda.

Kundgebung eine Protestresolution an den Wirtschaftsrat in Frankfurt verabschiedet. Während der Ansprache von Stetter verhielten sich die Kundgebungsnehmer im wesentlichen ruhig. Es habe nur einige Zwischenrufe gegeben. Als Stetter in einer Redepassagen von Selbsthilfe sprach, wurde aus der Menge gerufen: „Aber gleich, warum warten?“ Als zum Abschluß der Kundgebung die Resolution an den Wirtschaftsrat verlesen wurde, war bei den Zuhörern Mißbilligung zu spüren. Von verschiedenen Seiten ertönten Rufe wie: „Warum wieder Telegramme und Resolutionen? Warum keine Taten?“<sup>25</sup>

Die Gewerkschaften erklärten die Protestveranstaltung nach Verlesen der Resolution für aufgelöst, die Teilnehmer begaben sich vom Karlsplatz über die Stuttgarter Hauptgeschäftsstraße, die Königstraße, die sich – über einen Kilometer lang – vom Hauptbahnhof bis zum Schauspielhaus erstreckt, nach Hause. So glaubten jedenfalls die Veranstalter. Was tatsächlich geschah, schilderte die in München erscheinende auflagenstarke „Neue Zeit“, herausgegeben von der amerikanischen Besatzungsmacht für die deutsche Bevölkerung,<sup>26</sup> am nächsten Tag so: „Die Unruhen begannen damit, daß einige Gruppen aus der abströmenden Menschenmasse in der Königstraße zwei Luxusgeschäfte zertrümmerten.“<sup>27</sup> Beier erwähnt auch noch Steinwürfe gegen parkende PKW, die damals noch nicht „des Bundesbürgers liebstes Kind“ waren, sondern gleichfalls ein Zeichen von Luxus, den sich nur wenige leisten konnten.<sup>28</sup> Alles Weitere ist eine Geschichte des Versuchs, die Ruhe und Ordnung durch die Polizei, die die Königstraße von Demonstranten säubern wollte, wiederherzustellen. Die wütende Menge leistete Widerstand gegen das Verlassen der Königstraße, zunächst mit Fäusten und Stöcken, dann auch mit Steinwürfen. Die Stuttgarter Polizei rief die Military Police zu Hilfe. Den amerikanischen Militärpolizisten gelang es „mit aufgefanztem Seitengewehr und Tränengas“ die Stuttgarter Einkaufsmeile bis 17.00 Uhr zu räumen. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich auf den Bahnhofsvorplatz. Dort wurden die Jeeps „mit Gejohle“ empfangen und mit Steinen beworfen. Es gab Verletzte unter den Angehörigen der Military Police, wie schon zuvor unter den deutschen Polizisten. Unter großen Mühen gelang es der Militärpolizei bis 18.30 Uhr, auch den Bahnhofsvorplatz zu räumen. Inzwischen war Verstärkung angefordert worden, und General Clay hatte sich zu hartem Durchgreifen entschlossen. „Ich war nicht bereit, ein solches Vorgehen zu dulden,“ zitiert der Clay-Biograf Backer den Militärgouverneur, „wenn ich es hingenommen hätte, dann hätte es zu weiteren und ernsteren Zwischenfällen und zu Blut-

---

25 Die Welt, 30.10.1948; Neues Deutschland, 29.10.1948.

26 Zu den US-amerikanischen Printmedien in Deutschland Ende 1948 siehe Clay, Entscheidung, S.320f.

27 Neue Zeit, 30.8.1948.

28 Siehe Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12.11.1948, Frankfurt a. M. 1974, S.37.

vergießen kommen können.“<sup>29</sup> Gegen die „Zusammenrottungen“ an verschiedenen Stellen der Innenstadt, die sich „bis in die späten Abendstunden“ fortsetzten, kamen schließlich die herbeigerufenen Panzer zum Einsatz, ebenso Kavallerie.<sup>30</sup>

Der Direktor der Militärregierung von Württemberg-Baden<sup>31</sup> verhängte ein Ausgeh- und Versammlungsverbot für die Stuttgarter Bevölkerung, das sofort in Kraft trat. Stetter wurde gleich am Morgen nach den „Vorfällen“ nach Frankfurt/Main zu General Clay beordert und – nach Aussage des Stuttgarter Gewerkschaftsführers – vom Militärgouverneur „sehr anmaßend“ behandelt.<sup>32</sup> Die amerikanische Militärregierung richtete ein Schnellgericht ein. Ein Sonderausschuß der Militärregierung begann auf Geheiß von Clay die „Vorgänge“ zu untersuchen. Erst nach Abschluß der Untersuchung, so ließ der amerikanische Militärgouverneur verlauten, werde das Ausgeh- und Versammlungsverbot aufgehoben.<sup>33</sup>

### 3. Die Konsequenzen von Stuttgart

Die Folgen der „Stuttgarter Vorfälle“ lassen sich zweckmäßiger Weise in sicherheitspolitische, ordnungspolitische und wirtschaftlich-soziale unterteilen. Die *sicherheitspolitischen* wurden zuerst sichtbar. Mit ihrer Aufzählung soll deshalb begonnen werden.

Bereits am 26. Oktober hatte sich der DGB der Britischen Besatzungszone unter seinem Vorsitzenden Hans Böckler zu einer zonenweiten Protestaktion durchgerungen.<sup>34</sup> Diesem Entschluß stimmten auch die Gewerkschaftsvertreter der Amerikanischen Besatzungszone zu. Die vorgesehenen Streiks, Kundgebungen und Protestdemonstrationen sollten ursprünglich zwei Tage andauern. Die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen waren alles andere als erbaut über mögliche neue Unruhen. Nicht, daß sie den Gewerkschaften mißtrauten, wohl aber befürchteten sie den Mißbrauch jeder Art von Protesten durch „radikale Elemente“, aber vor allem durch „Kommunisten“.<sup>35</sup> Der Militärgouverneur der Französischen Besatzungszone, Marie Pierre König, verbot für Rheinland-Pfalz und den südlichen Teil des heutigen Baden-Württemberg den Streik von vornherein. Dabei dürfte nicht nur eine Rolle gespielt haben, daß die keine 30 Kilometer südlich der Stuttgarter Innenstadt gelegenen Städte Tübingen und Reutlingen bereits zur Französischen Besatzungszone gehörten, sondern

---

29 Backer, Jahre, S.298.

30 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.67; Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948; Süddeutsche Zeitung, 30.10.1948; Die Welt, 30.10.1948; Neues Deutschland, 29.10. 1948.

31 Heute der nördliche Teil des Bundeslandes Baden-Württemberg.

32 Siehe Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.38.

33 Siehe Stuttgarter Zeitung, 1.-3.11.1948.

34 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.997.

35 Siehe Clay, Entscheidung, S. 326-328.

ebenso, daß etwa zur gleichen Zeit Streiks auch Frankreich erschütterten und die Regierung gegen Demonstranten Kolonialtruppen und Panzer einsetzte.<sup>36</sup> Nicht nur König war beunruhigt. Als sich die Gewerkschaftsführer der Bizone vom 4. bis 6. November 1948 in Frankfurt/Main zur Vorbereitung des Streiks trafen, mußten sie sich den Bedingungen von Brian Hubert Robertson und Clay, d. h. denen der britischen und amerikanischen Militärregierung, beugen. Die verlangten von den Organisatoren des Streiks erstens die Reduzierung der Aktion auf einen Tag und zweitens die Beschränkung des Protestes allein auf Arbeitsruhe, d. h. darauf, daß am Streiktag nicht zur Arbeit gegangen werden sollte: weder Kundgebungen noch Demonstrationen, nicht einmal Streikposten waren erlaubt.<sup>37</sup> „Es ging geordnet zu an jenem Freitag“, schreibt der Erhard-Biograph Volker Hentschel.<sup>38</sup> Beier, dem wir die einzige bundesdeutsche Publikation über den 12. November 1948 verdanken, ergänzt: „Der Streiktag, ein dunkler Freitag im November, verlief in feiertäglicher Stille“.<sup>39</sup>

In Kenntnis der „Stuttgarter Vorfälle“ fällt es nicht schwer festzustellen, daß der durch Clay eingesetzte Sonderausschuß ganze Arbeit geleistet hatte. Die Ereignisse vom 28. Oktober in Stuttgart waren von ihm daraufhin abgeklopft worden, wo die Veranstaltung außer Kontrolle geraten war. Bei Kundgebungen konnten Plakate gezeigt werden, die „über Ziels hinausschossen“ bzw. auf denen – von den Kommunisten – rote Fahnen geschwenkt werden. Bei Demonstrationen war kaum zu erreichen, daß „am Rande“ nicht auch gegen Autos oder bestimmte Geschäfte vorgegangen würde, Streikposten konnten zum Ausgangspunkt für Menschenansammlungen werden. Inwieweit die Stuttgarter Ereignisse auch die Formulierung der Verfassung der Bundesrepublik, an der seit August 1948 gearbeitet wurde, beeinflussten und ob es auf Militärgouverneure, die wiederholt auf das Zustandekommen der Verfassung Einfluß nahmen, zurückzuführen war, daß die Behandlung von Notständen sehr lange – bis in die 60er Jahre – Sache der Alliierten blieb, ist noch zu erforschen.<sup>40</sup>

Unter *ordnungspolitischen Gesichtspunkten* waren nicht nur die Forderungen von Stuttgart, sondern auch die in zehn Punkten von den Gewerkschaften formulierten und vorgelegten Forderungen der streikenden Arbeiter und Angestellten, ungeachtet der 9,25 Millionen Teilnehmer, ein völliger Mißerfolg. Die Forderungen nach Erlaß von Gesetzen gegen Wucher, nach der Rückkehr zur Bewirtschaftung auf dem Ernährungssektor, erst recht die geforderte Vergesellschaftung

---

36 Siehe Heinz Köller/Bernhard Töpfer: Frankreich. Ein historischer Abriss, Bd. 2, Berlin 1980, S.350f.; Der Spiegel, 1948, Nr. 48, S.1.

37 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.1000-1010.

38 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S.76.

39 Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.43.

40 Siehe Wilfriede Otto: Die politischen Systeme, in: Clemens Burrichter/Detlef Na-kath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006, S.283.



tung der Schlüsselindustrien und eine Demokratisierung der Wirtschaft über den Betrieb hinaus fanden beim Wirtschaftsrat kein Echo.<sup>41</sup> Erhard verblieb im Amt, da ihn General Clay weiterhin stützte. Die freie Preisbildung blieb prinzipiell erhalten, die im Juni 1948 von Erhard vollzogene „ordnungspolitische Wende“ unangetastet. „Der politische Mißerfolg eines organisatorisch so gelungenen Wirtschaftskampfes“, schreibt der Gewerkschaftshistoriker Beier, „war unübersehbar“.<sup>42</sup>

Und dennoch blieben die „Stuttgarter Vorfälle“ vom 28. Oktober und die eintägige Arbeitsruhe vom 12. November 1948 nicht folgenlos. Denn so unnachsichtig Erhard und der Wirtschaftsrat einerseits ihre ordnungspolitischen Prämissen verfolgten, so bemüht waren (auf Drängen Clays) beide andererseits darum, den *wirtschaftlich-sozialen Forderungen* der Bevölkerung im einzelnen nachzukommen. Entsprechende Zugeständnisse wurden sowohl nach dem 28. Oktober als auch nach dem 12. November 1948 gemacht. Erhard, der unerbittliche Verfechter einer freien Preisbildung auf den Märkten, bemühte sich in den letzten beiden Monaten des Jahres 1948 und auch 1949 von Amts wegen darum, die durch die Währungsreform verursachten Einkommens- und Kaufkraftverluste der Bevölkerung in Grenzen zu halten. Das war nur dadurch möglich, daß er in beträchtlichem Maße *Ausnahmen von der Marktpreisbildung* zuließ. „Das widersprach natürlich Erhards Philosophie, doch er betrachtete es als ein vorübergehendes Übel zum Schutz der Schwachen“,<sup>43</sup> schreibt Erhard-Biograph Mierzejewski.

Das als beschwichtigende Reaktion auf die Preissteigerungen nach der Währungsreform ab November 1948 in der Bizone Platz greifende „Jedermann-Programm“ diente der Versorgung der Bevölkerung mit vordringlich benötigten, verbilligten Gütern des täglichen Bedarfs, vor allem mit Kleidung, Schuhen und Küchengeräten zu erschwinglichen Preisen.<sup>44</sup> Mit Hilfe des Jedermann-Programms „sollte eine geschützte Marktzone für die sozial Schwachen geschaffen werden, die Lebenshaltungskosten sollten gesenkt, Kaufkraft und Arbeitsfähigkeit gestärkt werden.“<sup>45</sup> Nicht zuletzt übte das Programm durch niedrige Preise Druck auf den freien Markt aus, dort das Preisniveau zu senken. Eine ähnliche Funktion wie das „Jedermann-Programm“ hatte der Verkauf von StEG-Gütern<sup>46</sup>, d. h. Kleidern, Schuhen und anderen Waren aus beschlagnahmten Beständen der deutschen Wehrmacht und aus amerikanischen Heeresbeständen, die wie die „Jedermann“-Erzeugnisse zu niedrigen Preisen an die arbeitende

41 Siehe Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. Main 1987, S.213.

42 Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.45.

43 Mierzejewski, Ludwig Erhard, S.123f.

44 Siehe ebenda.

45 Gioia-Olivia Karnagel: Jedermann-Programm, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999, S.351-353, hier S.351.

46 StEG stand für „Staatlich Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH“.

Bevölkerung abgegeben wurden.<sup>47</sup> „Auf diese Weise gelangten im Konsumgütersektor Anfang 1949 mehr als die Hälfte der Waren zu gebundenen Endverbraucherpreisen auf den Markt.“<sup>48</sup>

Bereits mit dem 1. November 1948, d. h. wenige Tage nach Stuttgart, war der von Erhard im Sommer noch einmal bekräftigte Lohnstopp aufgehoben worden. Alles zusammen bewirkte 1949 eine deutliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und kleinen Angestellten. Die Programme endeten erst, als die Konjunktur sich in Westdeutschland verstetigt hatte, das „Wirtschaftswunder“ wirklich begann.<sup>49</sup> Das Jederman-Programm lief 1951 aus, das StEG-Programm Ende 1952.<sup>50</sup>

Erhard hatte also auf den von ihm vorgedachten neoliberalen Weg zum „Wohlstand für alle“ verzichten müssen. Er wäre in den ersten Monaten nach der Währungsreform praktisch darauf hinausgelaufen, daß es der Arbeiterschaft erst einmal vergleichsweise schlechter gehen müsse, damit es irgendwann später allen, d. h. auch den Arbeitern und kleinen Angestellten besser gehen könne. Wenn mit dem Spätherbst 1948 die Marktwirtschaft in Westdeutschland sozial zu werden begann, dann war das nicht das Verdienst von Erhard. Es war das Ergebnis der Proteste der Arbeiterschaft und der kleinen Leute gegen die unsoziale Ausrichtung der Währungsreform und des Leitsatzgesetzes durch den „Wirtschaftsdiktator“.<sup>51</sup> Es resultierte auch aus der Furcht von Erhards Mentor Clay „vor dem Kommunismus in den Reihen der Arbeiterschaft“.<sup>52</sup> Nachhaltigen Einfluß hatten die „Stuttgarter Vorfälle“ zweifellos auf einen Gesinnungswandel bei Clay – und dann auch bei Erhard – zugunsten einer sozialeren Marktwirtschaft. Man sprach zunächst von einer „sozial gesteuerten“, „sozial verpflichteten“ oder „sozial gebundenen Marktwirtschaft“,<sup>53</sup> bevor die von der CDU in Vorbereitung auf den Wahlkampf vom August 1949 beschlossenen „Düsseldorfer Leitsätze“ die Soziale Marktwirtschaft verkündeten.<sup>54</sup> Deshalb ist es höchste Zeit, den „Stuttgarter Vorfällen“ die ihnen gebührende Rolle in der Vorgeschichte bzw. Geschichte der Bundesrepublik einzuräumen.

---

47 Siehe Gioai-Olivia Karnagel: Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH (StEG), in: Benz, Deutschland, S.370f.

48 Karnagel, Jedermann-Programm, S.351.

49 Siehe Wilfried Feldenkirchen: Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1998, S.30.

50 Siehe Karnagel, Jedermann-Programm, S.353, ders., Erfassungsgesellschaft, S.371.

51 Auf der Stuttgarter Kundgebung hatte ein Plakat die bündige Forderung enthalten: „Herunter mit den Preisen und dem Wirtschaftsdiktator Erhard“ (Neues Deutschland, 29.10.1948).

52 Siehe Clay, Entscheidung, S.324.

53 Siehe Ambrosius, Durchsetzung, S.196.

54 Siehe ebenda, S.210-213.